Satzung

§ 1

Name:

Der Verein führt den Namen

"Lebenshilfe für Behinderte,
Ortsvereinigung Hammelburg und Umgebung e.V."

Sitz:

Der Verein hat seinen Sitz in Hammelburg.

Eintragung in das Vereinsregister

Der Verein ist in Vereinsregister beim Amtsgericht Bad
Kissingen unter VR 244 eingetragen.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Vereinszweck, Gemeinnützigkeit

1)

Zweck des Vereins ist die Förderung aller Maßnahmen und
Einrichtungen, die eine wirksame Lebenshilfe für geistig, körperlich und
seelisch Behinderte aller Altersstufen bedeuten.

2)

Der Verein verfolgt insoweit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige
Zwecke im Sinne der §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung (AO)

3)

Zur Erreichung des Vereinszieles bzw. -zweckes sind alle mit dem
Vereinszweck zu vereinbarenden Maßnahmen zulässig.

4)

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie
eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die
satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden

§ 3

Mitglieder

Mitglied kann jede persönliche und juristische Person werden.

Erwerb der Mitgliedschaft

Die Mitglieder erwerben die Mitgliedschaft durch Aufnahme in den Verein.

Die Aufnahme ist durch schriftliche Beitrittserklärung zu beantragen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Beendigung der Mitgliedschaft

1)

Die Mitgliedschaft endet

- a) mit dem Tode des Mitglieds,
- b) durch freiwilligen Austritt,
- c) durch Ausschluß aus dem Verein.

2)

- a) Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.
- b) Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss der Mitgliederversammlung ausgeschlossen werden. Von der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor der Mitgliederversammlung oder schriftlich zu rechtfertigen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied mittels eingeschriebenem Brief bekanntzugeben. Macht das Mitglied von dem Recht zur persönlichen oder schriftlichen Rechtfertigung keinen Gebrauch, unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, dass der Ausschluss nicht gerichtlich angefochten werden kann.

§ 4

Rechte und Pflichten der Mitglieder; Verhältnis der Mitglieder untereinander

1)

Alle Mitglieder haben grundsätzlich gleiche Rechte und Pflichten, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.

2)

Alle Mitglieder des Vereins sind verpflichtet, zum Wohle des Vereines tätig zu sein; sie haben alles zu unterlassen, was dem Ansehen des Vereins schaden könnte.

§ 5

Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben.

Die Höhe des Jahresbeitrages und die Fälligkeit und Zahlungsweise wird von der Mitgliederversammlung bestimmt.

Durch Beschluss der Mitgliederversammlung können bestimmte Personen oder Personenkreise, insbesondere Ehrenmitglieder, von der Beitragspflicht befreit werden.

§ 6

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand(im Sinne des § 26 BGB),
- b) der Beirat und
- c) die Mitgliederversammlung.

§ 7

Der Vorstand

1)

Der Vorstand besteht aus

- a) dem Vorsitzenden,
- b) dem stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) dem Schriftführer,
- d) dem Schatzmeister (Kassenwart).

2)

Der Verein wird gemäß § 26 BGB gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorsitzenden oder den stellvertretenden Vorsitzenden jeweils alleine oder durch den Schriftführer und Kassenwart gemeinsam vertreten.

3)

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit diese nicht vom Beirat oder von der Mitgliederversammlung wahrzunehmen sind ..

Der Vorstand ist berechtigt, alle während seiner Amtszeit anfallenden Rechtsgeschäfte abzuschließen und alle Maßnahmen zu treffen, die er für die Erfüllung des Vereinszweckes für erforderlich hält ..

4)

Der Vorstand ist an die Beschlüsse des Beirates und der Mitgliederversammlung gebunden.

§ 8

Der Beirat

1)

Der Beirat besteht aus

- a) dem Vorstand des Vereins (§ 7),
- b) bis zu zwei weiteren Beiratsmitgliedern, die von der Mitgliederversammlung zu wählen sind,
- c) je einem Delegierten des Eltern- bzw. Betreuerbeirates der Einrichtungen des Vereins "Lebenshilfe für Behinderte e.V., Schweinfurt" im Bereich von Hammelburg und Umgebung (Schule, Werkstatt, Wohnheim o.ä.), Soweit ein Mitglied des entsprechenden Eltern- bzw. Betreuerbeirates nicht schon gemäß vorstehenden Buchstaben a) und b) dem Beirat angehört.

2)

Der Beirat hat die Aufgabe, in wichtigen Angelegenheiten mit dem Vorstand zu entscheiden.

Die einzelnen Mitglieder des Beirates haben die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und tatkräftig zu unterstützen ..

Bei Grundstücksgeschäften aller Art (Veräußerung, Erwerb, Belastung) entscheidet der Beirat anstelle des Vorstandes.

§ 9

Amtsdauer

1)

Die Mitglieder des Vorstandes gemäß § 7 und des Beirates gemäß § 8 Abs. 1) Buchstabe b) werden jeweils auf die Dauer von drei Jahren gewählt.

Die Delegierten Beiratsmitglieder gemäß § 8 Abs. 1) Buchstabe c) werden auf die Dauer der Amtszeit des jeweiligen Eltern- bzw. Betreuerbeirates gewählt und delegiert.

Die Mitglieder des Vorstandes und Beirates bleiben jedoch bis zur jeweiligen Neuwahl im Amt.

2)

Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während seiner Amtszeit aus, hat der Beirat aus seiner Mitte ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen zu wählen.

Das Ersatzmitglied, das anstelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes in den Vorstand gewählt wurde, kann nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen wiederum ersetzt werden.

Scheidet ein Mitglied des Beirates während seiner Amtszeit aus, kann der Beirat ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen wählen; dies gilt auch für eine delegiertes Beiratsmitglied gemäß § 8 Absatz : Buchstabe c), sofern nicht der betreffende Eltern- bzw. Betreuerbeirat selbst ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen wählt und delegiert.

Ein Ersatzmitglied muss gewählt werden, wenn während einer Amtszeit mehr als vier Mitglieder des Beirates ausgeschieden sind.

§ 10

Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Beirates

1)

Die Wahlen zum Vorstand und zum Beirat erfolgen in einer Mitgliederversammlung.

2)

Wählbar sind nur Mitglieder des Vereins, die das 18. Lebensjahr vollendet haben (volljährige Mitglieder) .

3)

Im Vorstand und Beirat darf jedes Mitglied nur ein Amt inne haben; eine Ausnahme hiervon bilden in diesem Fall die Vorstandsmitglieder, die zugleich aufgrund ihres Amtes Mitglieder des Beirates sind.

4)

Jedes Mitglied des Vorstandes und des Beirates ist einzeln und in getrennten Wahlgängen zu wählen, soweit die Versammlung unter Zustimmung der vorgeschlagenen Personen nichts anderes beschließt.

Sind für ein Amt mehreren Personen vorgeschlagen, ist eine geheime Wahl durchzuführen, es sei denn, dass die vorgeschlagenen Kandidaten und die Mitgliederversammlung ausdrücklich darauf verzichten.

Ist für ein Amt nur eine Person vorgeschlagen oder wird
- wenn für ein Amt mehrere Personen vorgeschlagen

sind - auf geheime Wahl verzichtet, wird durch Handerheben gewählt.

Gewählt ist, wer die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt (einfache Stimmenmehrheit).

Hat in einem ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, die die höchsten Stimmzahlen erreicht haben.

Im übrigen gelten für die Wahlen die für die Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung getroffenen Bestimmungen (§ 12) entsprechend und sinngemäß.

5)

Die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges und der vorhergehenden Beratungen und Diskussion kann einem Wahlleiter übertragen werden, der von der Mitgliederversammlung gewählt wird.

6)

Die Delegierten Beiratsmitglieder werden vom jeweiligen Eltern- bzw. Betreuerbeirat gewählt und delegiert.

§ 11

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan.

Sie kann über alle Vereinsangelegenheiten beschließen.

Einberufung der einzelnen Organe des Vereins; Beschlussfassung in den Organen

1)

Mitgliederversammlung

- a) Mindestens einmal im Jahr muss eine ordentliche Mitgliederversammlung (Generalversammlung) stattfinden.

Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von 14 Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Die Einberufung erfolgt durch schriftliche Einladung an die Mitglieder.

- b) Außerordentliche Mitgliederversammlungen können jederzeit vom Vorstand einberufen werden.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss stattfinden, wenn

der Vorstand oder der Beirat dies für erforderlich hält oder

mindestens ein Drittel - 1/3 - aller Mitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe der Gründe und des Zweckes beim Vorstand verlangt.

Für eine außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die Bestimmungen über eine ordentliche entsprechend.

- c) Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden bei dessen Verhinderung von einem weiteren Vorstandsmitglied geleitet. Ist keiner der vorgenannten Personen anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter.

Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen. Die Presse ist grundsätzlich zugelassen, es sei denn, dass die Mitgliederversammlung etwas anderes beschließt.

- d) Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

- e) In der Mitgliederversammlung werden die bei der Einberufung bekannt gegebenen Tagesordnungspunkte behandelt.

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.

Bei jeder Mitgliederversammlung ist ein Freiraum für "Wünsche, Anträge und Sonstiges" einzuplanen.

- f) Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Soweit eine Bestimmung nicht erfolgt, wird durch Handerheben abgestimmt.

Die Abstimmung muss geheim durchgeführt werden, wenn die Mehrheit der Mitglieder dies beantragt.

- g) Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht.

Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Zur Änderung der Satzung, zur Änderung des Zweckes des Vereins sowie zur Auflösung des Vereins ist jedoch eine Mehrheit von drei Viertel - 3/4 - der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Für Wahlen aller Art in der Mitgliederversammlung gelten die Bestimmungen über die Wahlen zum Vorstand und Beirat sinngemäß.

- h) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll - in der Regel vom Schriftführer - aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

2)

Vorstand und Beirat

- a) Vorstand und Beirat fassen ihre Beschlüsse im allgemeinen in - getrennten oder gemeinsamen - Sitzungen.

- b) Sitzungen des Vorstandes und des Beirates werden vom Vorsitzenden. bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen.

Eine Sitzung des Vorstandes bzw. des Beirates muss unverzüglich einberufen werden, wenn mindestens zwei - 2 - Mitglieder des Vorstandes bzw. mindestens zwei

2 - Mitglieder des Beirates dies verlangen.

- c) Sitzungen des Vorstandes und des Beirates können schriftlich, mündlich, fernmündlich oder telegraphisch unter Wahrung einer Frist von 3 - drei - Tagen einberufen werden.

Eine Mitteilung der vorgesehenen Tagesordnung sollte nach Möglichkeit erfolgen, ist jedoch nicht zwingend erforderlich.

Sitzungen des Vorstandes bzw. des Beirates können auch ohne Einhaltung einer Einberufungsfrist abgehalten werden, wenn alle Vorstandsmitglieder bzw. Beiratsmitglieder anwesend sind und der Abhaltung nicht widersprechen.

- d) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei - 3 - Vorstandsmitglieder anwesend sind.

Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens vier - 4 - Beiratsmitglieder anwesend sind.

Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Sitzungsleiters.

Leiter der Vorstands- bzw. Beiratssitzung ist der Vorsitzende, im Verhinderungsfall der stellvertretende Vorsitzende; ist keiner der beiden anwesend, wählt der Vorstand bzw. der Beirat den Sitzungsleiter aus seiner Mitte.

- e) Beschlüsse des Vorstandes und des Beirates sind zu Beweis Zwecken zu protokollieren. Die Protokolle sind vom jeweiligen Sitzungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen.
- f) Beschlüsse des Vorstandes oder des Beirates können auch auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstands- bzw. Beiratsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären, d.h., Beschlüsse auf schriftlichem Wege können nur einstimmig gefasst werden.

§ 13

Kassenprüfer

Bei jeder Wahl ist ein Kassenprüfer auf die Dauer von drei Jahren zu wählen.

Der Kassenprüfer hat die Aufgabe,

- a) die Vereinskasse zu prüfen,
- b) der Mitgliederversammlung einen Bericht über diese Prüfungen zu geben und
- c) den Antrag auf Entlastung des Schatzmeisters zu stellen.

Der Schatzmeister ist in jeder ordentlichen Mitgliederversammlung zu entlasten.

§ 14

Ausschüsse

Zur Bewältigung größerer Aufgaben und Maßnahmen können Ausschüsse gebildet werden.

Die Ausschüsse werden durch die Mitgliederversammlung eingesetzt; diese wählt auch die einzelnen Mitglieder der Ausschüsse.

Der Vorstand kann vereinsinterne Richtlinien für die Arbeit der Ausschüsse beschließen.

§ 15

Auflösung des Vereins; Anfallberechtigung

1)

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 - drei Viertel - der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

2)

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vereinsvermögen an den eingetragenen Verein "Lebenshilfe für Behinderte e.V., Schweinfurt", mit dem Sitz in Schweinfurt, oder dessen Rechtsnachfolger, welcher es im Sinne des Vereinszweckes im Bereich der Ortsvereinigung Hammelburg zu verwenden hat.

Beschlüsse über eine andere künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 16

Schlußvermerk

Diese Satzung wurde in der Mitgliederversammlung des Vereins vom 09.12.2000 beschlossen.

Hammelburg, den 09.12.2000